

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 4

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zum Problem der Teuerung

Das Andauern der guten Konjunktur, die sich immer mehr als Überbeschäftigung demonstriert, hat es mit sich gebracht, daß der *Index der Lebenshaltungskosten (Konsumentenpreise)* sich auf Ende Mai 1956 bis zu 175 Punkten erhöht hat gegenüber 173,2 Punkten einen Monat zuvor und 172,3 Punkten vor einem Jahr. Die Erhöhung um 1% in einem Monat ist in der Hauptsache zurückzuführen auf die Erhöhung des Milchpreises, welche auf den 1. Mai wirksam geworden war, sowie auf die neue Erhebung der Mietpreise, welche durch die starke Zunahme der Neubauten im Verhältnis zu den Altbauten naturgemäß bei jeder Neuerhebung eine leichte Steigerung aufweisen.

Es wäre nun aber verfehlt, in dieser Steigerung des Gesamtindex zu sehr eine alarmierende Tatsache erblicken zu wollen. Auf Grund einer unlängst von der Schweizerischen Nationalbank erhobenen Statistik ergibt sich nämlich, daß das Ansteigen der Lebenskosten eine internationale Erscheinung darstellt, die im Gefolge der Hochkonjunktur als zwangsläufig angesprochen werden muß. Im Vergleich zu verschiedenen anderen Ländern Europas steht zudem die Schweiz in diesem Punkt an bester Stelle. Nimmt man nämlich den Index des Jahres 1953 mit 100, so ergibt sich für die ersten Monate des Jahres 1956 folgendes Bild: Italien 110, Frankreich 103, Bundesrepublik Deutschland 105, Großbritannien 109, Niederlande 107, Schweden 108, Schweiz 102.

Nun ist es freilich für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft notwendig, daß diese — wenn auch im Vergleich zu anderen Ländern mäßige, so doch andauernde — Steigerung der Lebenskosten genau verfolgt und unter Kontrolle gehalten wird. Maßgebende Kreise und amtliche Stellen im Bereiche der Wirtschaft sind in diesem Sinne mit Appellen an die Öffentlichkeit getreten. So hat der «Zentralverband Schweizerischer Arbeitgeberorganisationen» unlängst einen Aufruf zur Preis- und Lohnentwicklung erlassen, worin darauf hingewiesen wurde, daß der gegenwärtig feststellbare Auftrieb von Preisen und Löhnen keine Vorteile bringe, sondern zu einer Verschlechterung der Kaufkraft des Schweizerfrankens führen müsse. Durch diese Entwicklung werde insbesondere die Exportindustrie gefährdet, von deren Lage unsere Beschäftigung und unser Lebensstandard weitgehend abhängen. Aus diesen Gründen hat der Verband alle an der Preis- und Lohnentwicklung Beteiligten aufgefordert, das Notwendige vorzukehren, damit neue Erhöhungen vermieden werden. In ähnlicher Weise hat sich kürzlich der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank an die Öffentlichkeit gewandt, indem er seiner Überzeugung Ausdruck gab, daß eine Verständigung unter den Spitzenverbänden der Wirtschaft in dieser Richtung notwendig sei. Auch hat der Bankrat die Kreditgeber weiterhin zur Zurückhaltung aufgefordert, damit auch von dieser Seite aus dem Konjunkturauftrieb entgegengewirkt werden kann.

Der Bundesrat seinerseits beruft die Spitzenverbände der Wirtschaft auf Anfang Juli zu Besprechungen ein, wo die Situation geprüft und die Mittel besprochen werden, welche offenstehen, um die Gefahren eines inflatorisch wirkenden Auftriebes zu bannen oder doch zum mindesten soweit als möglich zu mäßigen. Die Beratungen des Bundesrates mit den Verbänden werden für die Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer getrennt durchgeführt.

Es ist zu beachten, daß von sozialdemokratischer Seite im Sinne einer ständig in Fluß gehaltenen Kampagne die «Teuerungspolitik des bürgerlichen Bundesrates und der bürgerlichen Parlamentsmehrheit» für die Erhöhung der Lebenshaltungskosten verantwortlich gemacht wird. Diese Darstellung wird den wirklichen Verhältnissen nicht gerecht. Einerseits rührt die allgemeine Erhöhung der Lebenshaltungskosten unzweifelhaft von dem konjunkturmäßigen Auftrieb her. So sind beispielsweise die Lohnerhöhungen im Baugewerbe in den Jahren 1945—1947 und 1950—1952 für das starke Ansteigen der Baukosten verantwortlich. Die Lohnerhöhungen ihrerseits sind in hohem Maße auf die Überbeschäftigung zurückzuführen. Unbestreitbar ist ferner, daß die Produktionskosten der Landwirtschaft wesentlich aus demselben Grunde stark angestiegen sind. Es sei auf das Problem der fremden Arbeitskräfte in der Landwirtschaft verwiesen, das immer brennender wird. Die Erhöhung des Milchpreises und der damit zusammenhängenden Produkte ist zu einem großen Teil auf diese Tatsache zurückzuführen. Das öffentliche Personal seinerseits, aber auch die Arbeitnehmer in weiten Bezirken der Privatwirtschaft haben auf Grund der andauernd guten Konjunktur eine Erhöhung des Reallohnes erfahren, die selbstverständlich in einer Erhöhung der Kaufkraft zum Ausdruck kommt, welche ihrerseits die Tendenz zu Preissteigerungen in sich trägt. Gewiß liegen in diesen Umständen einige Anzeichen einer inflatorischen Entwicklung. Aber niemand wird im Ernste bestreiten wollen, daß diese Entwicklung im Gefolge der Konjunktur zwangsläufig erscheint und, wie sich ergab, in nicht unbedeutendem Maße hinter der gleichlaufenden Entwicklung in den maßgebenden anderen europäischen Ländern zurückgeblieben ist. Außerdem wäre gerade zu diesem Punkt zu bemerken, daß die Lebenskosten beispielsweise in Schweden und in den Niederlanden, die beide ausschließlich oder stark unter sozialdemokratischem Einfluß stehen, wo es also keine «Teuerungspolitik eines bürgerlichen Bundesrates und einer bürgerlichen Parlamentsmehrheit» gibt, stärker gestiegen sind als bei uns. Die Vorwürfe der Linken gehen in allen Punkten daneben.

Es ist übrigens unverkennbar, daß es der Linken im Grunde mit diesen Vorwürfen selbst nicht ganz ernst ist. Die wirklichen Zusammenhänge sind auf jener Seite natürlich gerade so gut bekannt wie auf der andern. Die tatsächlichen Motive der ständigen Vorwürfe an unsere Behörden liegen auf einem anderen Felde. Es soll offensichtlich auf den Bundesrat und auf die bürgerliche Mehrheit ein Druck ausgeübt werden, damit die staatlichen Kontrollen und Lenkungsmaßnahmen nicht — wie es die Mehrheit des Volkes und der Parlamentarier will — allmählich abgebaut, sondern vielmehr wieder verstärkt werden. Im Sinne eines Druckes ist es denn auch zu verstehen, daß beispielsweise am Jahreskongreß des «Schweizerischen Eisenbahnverbandes» eine ausgesprochen offensive Einstellung bezüglich der Besoldungspolitik zum Ausdruck kam. Die auf den 1. Januar 1956 gewährte 5%ige Erhöhung der Löhne soll als Etappe und als Vorbereitungsstadium für weitere Erhöhungen betrachtet werden. Gleichzeitig hat auch der «Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband» seinerseits neue Lohnbegehren in

Aussicht gestellt. Diese Begehren sind, wie die Vorwürfe an die Adresse unserer Behörden, im Rahmen dieser Pression zu verstehen, welche den Bundesrat im einzelnen zwingen soll, den Abbau der Brot- und Milchverbilligung einzustellen, die Subventionen für den Getreidebau voll dem Bund zu überbinden und jede Lockerung der Mietzinskontrolle aufzugeben. Diese Postulate finden sich formuliert in einem Aufsatz der Gewerkschaftspresse, der dieser Tage erschienen ist, und der den unverkennbaren Titel trägt: «Nicht bremsen, sondern lenken.»

Bei den Begehren der Gewerkschaften und der Personalverbände spielt übrigens der ständige Konkurrenzkampf unter den Arbeitnehmerorganisationen der verschiedenen Richtungen eine nicht unerhebliche Rolle. So hat unmittelbar nach dem Vorstoß des «Schweizerischen Eisenbahnerverbandes» der «Christlich-soziale Verband des Verkehrs- und Staatspersonals» ein Siebenpunkteprogramm vorgelegt, das ebenfalls weitgehende Forderungen auf der Lohnseite enthält und in dem es heißt: «Es ist bemerkenswert, daß der christliche Spitzenverband als erster seine Begehren zur zweiten Phase der Besoldungsrevision anhängig gemacht hat.»

Gegenüber diesem Druck und diesen Begehren erscheint die Stellungnahme der freien Wirtschaft, wie sie in dem Aufruf des «Zentralverbandes Schweizerischer Arbeitgeberorganisationen» zum Ausdruck kommt, vollends gerechtfertigt. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sich der Bundesrat bei den kommenden Beratungen in der Zielrichtung dieses Aufrufes einsetzen, gleichzeitig aber die Lockerung der staatlichen Lenkungsmaßnahmen im Sinne der Forderungen der Volksmehrheit im Rahmen des Tragbaren weiter fortsetzen wird. Immerhin ist es klar, daß die Auslösung einer neuen Lohnrunde vermieden werden muß, und es ist ferner darauf hinzuweisen, wie es die «Schweizerische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei» tat, daß die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zur Vermeidung von Kostenerhöhungen in der gegenwärtigen angespannten Periode zurückgestellt werden muß. Nicht nur die Exportindustrie, sondern in noch größerem Maße die Landwirtschaft und das Gewerbe sind an der Zurückhaltung gerade im Bereich dieses Postulates in entscheidendem Maße interessiert.

Militärische Umschau

Bemerkungen zum Tage

Mängel der militärischen Ausbildung

Der persönliche und kämpferische Einsatz unserer Soldaten und ihrer direkten Führer wird in jeder Lage die Grundlage unseres Kampferfolges bilden. Unter der Überschrift «Geld und Geist und die Armee» bezeichnet E. W. in einem Artikel des «Berner Tagblatt» die mangelhafte Mobilisierung des menschlichen, soldatischen, kämpferischen Elementes als die größte Schwäche unserer Armee¹⁾. «Die Erziehung der Mannschaft, besonders aber der untersten Führung, ist neben der

vielfältigen technischen Ausbildung schon seit einiger Zeit zu kurz gekommen und hat mit den Anforderungen der neuesten Kriegsentwicklung nicht mehr Schritt gehalten — sie ist nicht einmal auf der Stufe von 1939 stehen geblieben. Seit den ersten Kriegsjahren, besonders aber nach dem Kriege, hat man die *Strenge und Härte* in der Ausbildung unserer Unteroffiziere und Offiziere systematisch abgebaut, einerseits aus Angst vor Unfällen und sonstigen unliebsamen Vorkommnissen — andererseits um die ohnehin teilweise schon schwierige Rekrutierung für die Kadernschulen nicht noch mehr zu erschweren. In der Stimmung einer falsch verstandenen ‚Demokratisierung‘ der Armee hat man beim untersten Kader eine large Dienstauffassung und einen Mangel an soldatischer Selbstdisziplinierung angepflanzt, die heute von den Anforderungen des modernen Atomkrieges weiter entfernt sind als unsere Bewaffnung und Organisation.» Die für die Überwindung des ersten Schocks erforderliche moralische Widerstandskraft wage man leider bei den heute aus den Schulen kommenden jungen Offizieren und Unteroffizieren (größtenteils) kaum mehr zu erwarten. Der Verfasser stellt sodann die Fragen: «Findet man noch die nötigen Aspiranten, wenn die Offiziers- und Unteroffiziersschulen wieder realistischer, d. h. strenger und härter werden (wobei Härte absolut nichts mit unwürdiger Schinderei zu tun haben muß)? Und findet man noch die nötigen Kommandoanwärter, wenn auch die mittlere Führung wieder straffer gleichgeschaltet wird, wie das eine Armee nun einmal braucht und wie das auch bei uns wieder nötig wäre? — Wenn ja, dann warten die dringlichsten Aufgaben hier. Wenn nein, wenn die Verweichlichung unter der Hochkonjunktur und die geistige Erschlaffung schon zu weit gediehen sind, dann wird uns auch eine Armee reform nicht viel mehr einbringen als die Illusion, abwehrbereit zu sein, ohne daß wir es in Wirklichkeit sind.»

In ähnlicher Weise äußert sich der Fliegerarzt Dr. med. *H. K. Knoepfel* in einem Artikel über Disziplinlosigkeiten in der Luft²⁾: «Es fehlt heute unseren Fliegern die harte militärische Schule einer Vorkriegsoffiziersschule. In diesen schweren Schulen, so leicht man sie heute manchmal verurteilt, entstand die nötige Härte, welche der Pilot zum Durchhalten so gut gebrauchen kann. — Ferner herrscht heute in der ganzen Armee auf allen Stufen der Ausbildung ein Nachlassen in soldatischer Hinsicht. Statt nur unvernünftige Härten zu korrigieren, wird oft jede Härte beiseite gelegt, nur noch an die freiwillige Mitarbeit appelliert, und man gibt sich allzu leicht mit dem Maß an Einsatz zufrieden, das man freiwillig erhält, ohne mehr zu fordern oder gar zu erzwingen. Man betrügt dabei die jungen Soldaten um eine Selbstbewährung und persönliche Vorbereitung, welche sie für den Krieg unbedingt brauchen. Nur wer gezwungen wird, mehr zu leisten als er sich selter zutraut, kann die Grenzen seines Durchhaltevermögens erweitern.» Der Verfasser betont die dringliche Notwendigkeit, wieder härter zu werden.

Nach dem zweiten Weltkrieg hatte auch bei den Streitkräften der USA die Härte der Ausbildung nachgelassen. Hunderte von amerikanischen Soldaten haben in den ersten Tagen des Krieges in Korea diesen Mangel an Härte mit ihrem Leben bezahlt, wenn sie unter der erbarmungslosen Sonne und vom Feinde umgangen, körperlich und seelisch zusammenbrachen. Damals forderte die öffentliche Meinung in den USA gebieterisch eine härtere militärische Schulung der Rekruten, um sie körperlich und seelisch für die Strapazen eines Krieges zu stählen. Heute wird aber die gegenteilige Forderung erhoben, nachdem am 8. April 1956 auf Parris Island sechs Rekruten der Marineinfanterie, anlässlich eines nächtlichen Straf marsches beim Durchwaten eines Flusses zur Flutzeit, ertrunken sind³⁾. Bemerkenswert ist, wie die verantwortlichen Stellen den Fall beurteilen und welche Maßnahmen sie ergriffen, nachdem sich die Anklagen nicht nur gegen den leitenden Unteroffizier richteten, sondern auch gegen die Ausbildungsmethoden der Marineinfanterie. In gleicher Weise haben nach den Todesfällen in der Berner

Offiziersschule auch große bürgerliche Zeitungen unser ganzes Ausbildungs- und Erziehungssystem in schärfster Weise angegriffen. Der erwähnte unglückliche Nachtmarsch wurde von einem unter starkem Alkoholeinfluß stehenden Ausbildungs-Unteroffizier in Überschreitung seiner Befugnisse, in Mißachtung geltender Vorschriften (Verbot der Kollektivstrafe) und unter Vernachlässigung seiner Sorgfaltspflicht (Rekognoszierung des Wasserstandes) angeordnet und durchgeführt. Der Wachtmeister wird für seine Verfehlungen militärgerichtlich abgeurteilt werden. Der Kommandant des Marinekorps, General *Pate*, verurteilt in seiner vorzüglich abgefaßten und von großer Verantwortungsfreudigkeit zeugenden «Commandants Letter» jede unwürdige Behandlung der Rekruten, Kollektivstrafen oder Strafmärsche bis zur Erschöpfung⁴). Derartige sinnlose Maßnahmen dürfen sich in einem geordneten und verantwortungsbewußten militärischen Betrieb nicht ereignen. Sie sind Entgleisungen einzelner weniger Unteroffiziere, denen noch eine gewisse Reife des Urteils mangelt, aber sie gehören keineswegs zum System des Rekrutentainings der Marineinfanterie. Dieses besteht darin, die jungen Rekruten körperlich und geistig auf die harte und blutige Wirklichkeit des Krieges vorzubereiten und zu trainieren. Dementsprechend müssen auch Ausbildung und Training hart sein. Die Ausbildungsmethoden von Parris Island haben sich seit Jahren bewährt und haben der Nation auf zahlreichen Kriegsschauplätzen Marinefüsiliere zur Verfügung gestellt, die ihrer Aufgabe in allen Situationen gewachsen waren und die sich als eine Elitetruppe ausgezeichnet haben. General *Pate* hat daher angeordnet, daß der gegenwärtige Stand der Disziplin und des Körpertrainings unbedingt aufrecht zu erhalten sei, dabei aber jede Form von Schinderei oder unwürdiger Behandlung unter allen Umständen vermieden werden müsse. Analoge Feststellungen macht die Wochenzeitung *News Week*, die ausgesuchte Vertreter außer nach Parris Island nach Fort Leonard Wood und ins Pentagon entsandte. *Pate* verlangt, daß Ausbildung und Training der Rekruten nach wie vor den Unteroffizieren anvertraut werden. Die Kader, welche den Soldaten im Gefecht Befehle geben, müssen ihn auch ausbilden und erziehen: die Unteroffiziere, die den Rückgrat des Marinekorps bilden. Da aber den jungen Ausbildungs-Unteroffizieren zum Teil die Erfahrung und die Reife früherer Unteroffiziere fehlen, hat *Pate* zur besseren Überwachung und Unterstützung der Ausbildungs-Unteroffiziere besondere Ausbildungskommandos eingesetzt.

Es ist erfreulich, in diesem Zusammenhang festzustellen, daß der Bundesrat in seiner Stellungnahme zum Postulat des verstorbenen Ständerates *Wenk* von 1952 (betreffend Berner Aspirantenmarsch) als Ziel der militärischen Ausbildung die Kriegstüchtigkeit bezeichnet und sodann das Dienstreglement 1954 zitiert:

«Der Krieg fordert aber vom Soldaten Höchstleistungen, wie sie das Alltagsleben nur selten verlangt. Erziehung und Ausbildung haben sich auf diese Anforderungen einzustellen. — Schon im Instruktionsdienst muß der Vorgesetzte mit seinen Forderungen hin und wieder bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit gehen⁵).»

Schwierigkeiten des Kadernachwuchses

Bereits in den Kaderschulen des Jahres 1946 machte sich ein teilweiser Mangel an Anwärtern geltend. Der Bundesrat betrachtete die Schwierigkeiten als eine ausgesprochene Nachkriegserscheinung, begünstigt durch die wirtschaftliche Hochkonjunktur. «Da die Zahl der freiwilligen Meldungen zur Weiterausbildung nicht ausreicht, mußte in vermehrtem Maße von Artikel 10 der Militärorganisation Gebrauch gemacht und Aufgebote zur Weiterausbildung erlassen werden, trotz Einspruch des Betroffenen. Da sich der Kaderersatz für die Truppen französi-

scher Sprache besonders schwierig gestaltet, sah sich das EMD genötigt, die Regierungen der Kantone französischer Sprache auf die Verhältnisse und Schwierigkeiten aufmerksam zu machen und sie einzuladen, zusammen mit den eidgenössischen Instanzen geeignete Maßnahmen zu ergreifen für die Sicherstellung des Kaderersatzes⁶⁾.» Für das Jahr 1953 stellte auch die Militärdirektion des Kantons Bern fest, der unbefriedigende Kadernachwuchs bei den jurassischen Truppen bereite ihr besondere Sorgen. «An geeigneten Anwärtern fehlt es zwar nicht, doch hat man Mühe, junge Wehrmänner zu finden, die sich für die Weiterausbildung zum Unteroffizier zur Verfügung stellen.» Die bernische Militärdirektion sieht den Hauptgrund für den Kadermangel bei den französisch sprechenden Truppen in den guten Verdienstmöglichkeiten in der Uhrenindustrie⁷⁾. Ein Jahr später muß der Bundesrat feststellen: «In der Frage des Kadernachwuchses, der besonders in der *welschen Schweiz* Schwierigkeiten bereitet, zeigt sich noch keine Besserung. Es ist im Gegenteil zu befürchten, daß die Diskussion um ein Initiativbegehren und die Behandlung militärischer Ausbildungsfragen in verschiedenen kantonalen Parlamenten die Schwierigkeiten des Kaderersatzes noch erheblich vergrößern werden⁸⁾.» Die Bemerkung des Bundesrates bezieht sich neben der ersten Chevallier-Initiative vor allem auf eine im Großen Rat des Kantons Wallis von 90 Großräten eingereichte Motion, die auf dem Weg über eine Walliser Standesinitiative eine Kürzung der militärischen Ausbildungszeiten anstrebte. Die Motion wurde dann im Großen Rat in ein Postulat umgewandelt, worauf der Staatsrat des Kantons Wallis an den Bundesrat ein Schreiben mit entsprechenden Vorschlägen richtete⁹⁾. Im März 1955 bewirkte eine sozialdemokratische Motion auch im Großen Rat der Waadt eine Militärdebatte, die zu ähnlichen Forderungen und zu einem nach Bern gesandten Bericht des Regierungsrates führte¹⁰⁾. Im Kanton Neuenburg ist eine sozialdemokratische Motion zur Verkürzung der Rekrutenschulen und der Instruktionkurse im November 1954 mit 53 gegen 42 Stimmen abgelehnt worden¹¹⁾.

Geht man den Ursachen dieser Schwierigkeiten in der Kaderausbildung nach, muß man zwei wesentliche Tatsachen feststellen. Die Beschaffung eines genügenden Kadernachwuchses bereitet überall gewisse Schwierigkeiten, aber in der deutschen Schweiz werden sie überwunden. Wenn sich die jungen Leute auch nicht gerade zur Weiterausbildung drängen, so ist es doch möglich, den nötigen Kadernachwuchs mit einigem Bemühen zu gewinnen. In der welschen Schweiz dagegen ist der militärische Kadernachwuchs qualitativ und quantitativ ungenügend. Es handelt sich also vorwiegend um *ein regionales Problem der welschen Schweiz*. Die guten Verdienstmöglichkeiten in der Uhrenindustrie, welche die bernische Militärdirektion als Ursache nennt, sind durchaus nicht einzigartig. Dank der seit dem zweiten Weltkrieg herrschenden Hochkonjunktur blühen die Wirtschaftszweige unseres Landes in allen Landesteilen. Die Ursachen des Kadermangels sind somit nicht in erster Linie wirtschaftlich bedingt. Wohl ist eine gewisse Zurückhaltung der jungen Leute gegenüber der militärischen Weiterausbildung

1) «Berner Tagblatt», 3. 3. 1956. 2) «Flugwehr und Technik», 1955, S. 264.
 3) «The New York Times», 2. 5. 1956, und Newsweek (New York), 14. 5. 1956.
 4) «The New York Times», 2. 5. 1956. 5) Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1955, Militärdepartement, S. 1. 6) Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1946, Militärdepartement, S. 5.
 7) Verwaltungsbericht der Militärdirektion des Kantons Bern für das Jahr 1953, S. 4. 8) Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1954, Militärdepartement, S. 5. 9) «Der Sektionschef», 15. 7. 1954, S. 75. 10) «Berner Tagblatt», 30. 5. 1955. 11) «Volksstimme», St. Gallen, 18. 11. 1954. 12) Vgl. Maurice Zermatten in «Schweizer Monatshefte», Februarnummer 1956, S. 588 u. ff., Aprilnummer 1956, S. 39/40.

im ganzen Lande zu verspüren. Die guten Verdienstmöglichkeiten locken eben weit mehr zum *Verdienen* als zum *Dienen*. Wenn aber diese wirtschaftlich bedingten Schwierigkeiten in der deutschsprachigen Schweiz gemeistert werden, so beweist dies, daß der Kern des Problems nicht in den wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern anderswo zu suchen ist. Es kommt nicht von ungefähr, daß die Schwierigkeiten des Kaderersatzes in den gleichen Gegenden vorherrschen, welche die drei Chevallier-Initiativen zur Welt gebracht haben und der Errichtung neuer Waffen- und Schießplätze jeden erdenklichen Widerstand entgegengesetzt. Alle drei Erscheinungen sind weit mehr als der Ausfluß eines gewissen «Wehrmalaise»; sie sind der Ausfluß einer defaitistischen Geisteshaltung und einer ablehnenden Einstellung gegenüber der Autorität, vor allem gegen Armee und Staat. Erkennt man diese geistigen Ursachen des welschen Kadermangels, so liegt es auch nahe, den engen Zusammenhang mit der zersetzenden französischen Boulevardpresse festzustellen, in der viele junge Schweizer französischer Zunge ihre Nahrung suchen und dabei das Opfer einer geistigen Überfremdung werden¹²⁾.

Angesichts dieser geistigen Ursachen des Kadermangels in der welschen Schweiz ist es bemühend, daß man die Mittel zur Hilfe nicht in der nationalen Erziehung und in der Bekämpfung der geistigen Überfremdung sucht, sondern in der Verkürzung der Beförderungsdienste und in der materiellen Besserstellung der jungen Kader.

Die Walliser Regierung hatte schon 1954 dem Bundesrat vorgeschlagen, die Beförderungsdienste für Korporale und Leutnants, namentlich die Dienstleistung im neuen Grad während einer Rekrutenschule, herabzusetzen. In ähnlichem Sinne äußert sich der Regierungsrat der Waadt mit dem konkreten Vorschlag, die Unteroffiziersschule in die drei letzten Wochen der Rekrutenschule einzubauen, und die Korporale, welche für die Weiterausbildung zum Leutnant vorgesehen sind, drei Wochen vor dem Ende der Rekrutenschule zu entlassen. Andererseits wird eine Erhöhung des Instruktionssoldes und des Erwerbssatzes für die jungen Kader vorgeschlagen. Nach einer in der Presse erschienenen Meldung sollen zur Zeit diese Anregungen im EMD geprüft und namentlich die Frage einer Herabsetzung der Dienstleistungen für Offiziersanwärter bearbeitet werden.

Es wäre bedauerlich, wenn diese Meldung zutreffen sollte, weil eine Herabsetzung der Beförderungsdienste und eine Solderhöhung oder Erhöhung des Erwerbssatzes am Kern des welschen Kaderproblems vorbeigehen und daher kaum zu einer wesentlichen Besserung führen können, und weil durch die Herabsetzung der Beförderungsdienste die Ausbildung der jungen Kader und der Rekruten erschwert und verschlechtert wird. Wenn man einen Ubelstand beseitigen will, muß man das Übel an der Wurzel bekämpfen und darf sich nicht mit einigen Konzessionen auf Nebengebieten begnügen, die am Kern des Problems vorbeigehen.

Miles

Bericht aus Westdeutschland

Ratlosigkeit in Deutschland

Jeder Abgeordnete in Bonn, der etwas auf sich hält, hat während der letzten Wochen irgendeinen Vorschlag zur außenpolitischen Situation beigesteuert. Der

eine schlägt vor, mit Moskau über die Wiedervereinigung zu reden, aber auf keinen Fall mit Pankow; der andere dagegen möchte es gerade einmal mit Pankow versuchen. Einer rät, mit Polen und der Tschechoslowakei diplomatische Beziehungen aufzunehmen, ein zweiter will nur mit jenen Ostblockstaaten Beziehungen aufnehmen, gegen die Deutschland keine territorialen Forderungen hat — also mit allen, außer mit Polen und der Tschechoslowakei.

Diese Vielfalt von Anregungen entspricht nun aber keineswegs der Fülle und dem Überschwang an politischer Phantasie und Aktivität, sondern vielmehr einer allgemeinen Ratlosigkeit. Woher kommt das? Bisher ging die Bonner Politik von der Vorstellung aus, je rascher und intensiver der Westen mit seinem längeren wirtschaftlichen Atem die Rüstung vorantreibe, um so höher werde der Preis steigen, den die Sowjetunion für die Beendigung des kalten Krieges zu zahlen bereit sei — bis schließlich eines Tages die Wiedervereinigung Deutschlands dabei herauspringe.

Irrte der grand old man, Konrad Adenauer?

Dies war die Grundthese der Amerikaner, die der deutsche Bundeskanzler vollauf teilte und in der er die Amerikaner — soweit dies in seiner Macht lag — bis zum heutigen Tage immer wieder bestärkte. Die Opposition im Bundestag hat zwar diese These stets bestritten, aber manchmal konnte man auch meinen, daß dies nur aus quasi beruflichen Gründen geschah und daß auch sie es gelegentlich für möglich hielt, diese Politik könne zum Ziel führen, zumal auch sie keinen mit Sicherheit erfolgreichen Weg vorzuschlagen in der Lage war.

Willig folgten die einen, widerwillig die anderen der Politik Adenauers, solange es keinen Beweis dafür gab, daß der große alte Mann irrte oder irgend-ein anderer ein besseres Rezept für die Wiedervereinigung in der Tasche hatte. Anders wurde dies, als sich im Juli 1955 auf der Genfer Konferenz herausstellte, daß der Gleichstand der atomaren Rüstung die Situation grundlegend verändert hatte.

Zwei Ereignisse, die alles veränderten

Nicht schlagartig wurde dieser Wandel deutlich, sondern nur sehr allmählich dämmerte den verschiedenen Regierungen, was die politischen Folgen dieses militärischen Gleichgewichtszustandes sind, nämlich: daß der kalte Krieg (jedenfalls der spezifische Zustand, den wir bisher als kalten Krieg bezeichneten) aufhören kann, ohne daß irgend jemand einen Preis dafür bezahlt. Für Deutschland bedeutet dies, daß es unter Umständen auf dem status quo, also der Teilung, sitzenbleibt.

Ein zweites Ereignis, nämlich der Prozeß der Entstalinisierung, den der XX. Parteikongreß in Moskau einleitete, mußte diese Befürchtungen verstärken. Überall in der Welt löst der Zustand der einsetzenden Entspannung ein Bedürfnis nach besseren Beziehungen zur Sowjetunion aus. Am deutlichsten wurde dies zunächst in Frankreich, dessen Ministerpräsident in aller Offenheit verkündete, man habe für die zweite Genfer Konferenz eine falsche Reihenfolge der Tagesordnung festgesetzt. Nach Mollets Meinung hätte die Direktive für die Außenminister nicht lauten sollen, erstens: europäische Sicherheit und deutsche Wiedervereinigung, zweitens: Abrüstung, sondern man hätte damals und sollte nun wenigstens heute als erstes über Abrüstung reden, denn in einer Phase der allgemeinen Aufrüstung werde man nie zur Sicherheit und auch nicht zur Wiedervereinigung Deutschlands kommen.

Die englische Presse stellt «letzte Fragen»

In den nordischen Staaten werden die gleichen Stimmen laut, und neuerdings auch in England, wo die gesamte *Beaverbrook-Presse* den Zweifel an der Zweckmäßigkeit des deutschen Verbleibens in der NATO schürt und wo der *Manchester Guardian* kürzlich schrieb: «Die Russen vermindern ihre Garnisonen in Ostdeutschland und machen gleichzeitig voll und ganz deutlich, daß sie nicht bereit sind, Herrn Ulbricht und Herrn Grotewohl im Stich zu lassen. Dies steht in direktem Gegensatz zu Dr. Adenauers Theorie, daß das russische Verlangen, die Kontrolle über ostdeutsches Land aufrecht zu erhalten, irgendwie schrumpfen würde, wenn Westdeutschland der NATO beigetreten und seine militärische Macht gewachsen sei.» Der *Manchester Guardian* schließt mit dem Satz: «Lohnt es sich nicht, die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands noch einmal zu überprüfen und zu versuchen, zur Wiedervereinigung dadurch zu gelangen, daß man Deutschland aus den militärischen Aspekten der NATO ausschließt? . . .»

Immer deutlicher also zeichnet sich in anderen Ländern die Frage ab: Hat es einen Zweck, auf der von Moskau so sehr bekämpften Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO zu bestehen, wenn die NATO als militärisches Instrument immer fragwürdiger wird, weil glücklicherweise ein Krieg immer unwahrscheinlicher geworden ist und überdies im Zeichen der neuesten nuklearen Entwicklung die Arithmetik mit Divisionen ohnehin überholt scheint? Kein Wunder, daß diese Frage mit ungleich größerer Vehemenz in Deutschland selbst gestellt wird, wo die Opposition stets *gegen* die Wiederbewaffnung Deutschlands war und *für* eine aktivere Wiedervereinigungs-Politik.

Adenauers USA-Reise

In dieser Situation nun hat Bundeskanzler Adenauer seinen Aufenthalt in den USA dazu benutzt, wo immer sich die Möglichkeit dafür ergab, klar zu machen, daß die Veränderungen in Sowjetrußland solange nicht ernst genommen werden könnten, als nicht auch die stalinistische Außenpolitik preisgegeben würde. Also: solange Rußland keine effektiven Schritte zur deutschen Wiedervereinigung unternähme, müsse die alte Politik fortgesetzt werden — nämlich: westliche Integration und erhöhte Wachsamkeit gegenüber der Sowjetunion.

Während alle außenpolitischen Vorstellungen in den USA durcheinander geraten sind (Präsident und Außenminister total verschiedene Erklärungen über die Frage der Neutralität abgeben), hat Adenauer erneut festgestellt, es sei das Hauptziel der Sowjets, den Schutzschild des Atlantikpaktes zu zerschlagen und die Truppen der USA aus Europa herauszutreiben.

Bei der abschließenden Pressekonferenz in Washington hat er noch einmal mit beschwörender Eindringlichkeit darauf hingewiesen, daß die Russen den Begriff Zeit nicht kennen: «Wer ungeduldig ist gegenüber einem solchen Gegner, ist im Hintertreffen, daher muß man Geduld im Widerstehen haben.» Und als er gefragt wurde, ob nicht als Preis für die Wiedervereinigung ein Verzicht auf die deutsche Wiederaufrüstung im Atomzeitalter angemessen wäre, bezeichnete er in ungeduldigem Unmut diese Frage als «zu unklug, um auf sie eine kluge Antwort geben zu können».

Heftige Reaktion der Opposition

Die Reaktion der Oppositionsparteien in Bonn auf diese Ausführungen des deutschen Regierungschefs war entsprechend. Die SPD nannte ihn den «Kreuzfahrer des kalten Krieges», übrigens in schöner Einmütigkeit mit der «Prawda»,

die ihn als «Prediger des kalten Krieges» bezeichnete. Und die FDP wirft dem Kanzler vor, er übersähe alle Möglichkeiten, die sich bieten (worin die bestehen, verrät sie allerdings nicht) und gebärde sich so, als habe sich nichts in der Welt geändert. Aber auch in den Reihen der CDU/CSU wird der Wunsch nach größerer Elastizität laut. Und soviel steht fest: der Wahlkampf für die Bundestagswahl von 1957 (der längst begonnen hat) wird von seiten der Opposition mit der zugkräftigen Devise geführt werden: westliche Integration, aber militärische Neutralität, und aktive Wiedervereinigung, also Verhandlungen mit Moskau (nicht gegen, sondern nur im Einverständnis mit dem Westen).

So sehr bisher dem Beharrungsvermögen des Kanzlers die meisten Erfolge der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands zu danken sind, gibt es doch zweifellos einen Punkt, an dem eine noch so richtige Faustregel zu einem starren, verhängnisvollen Prinzip werden kann. Die Frage ist nur, haben wir diesen Punkt bereits erreicht oder noch nicht? Ist der Moment gekommen, an dem die Situation oder mindestens die Elemente der politischen Situation sich wirklich so gewandelt haben, daß eine Modifizierung der bisherigen Politik möglich und notwendig wird, oder ist es noch nicht soweit?

Deutschland als Stein des Anstoßes

Eines muß jedenfalls festgestellt werden: gleichgültig, ob in der Sowjetunion nun wirklich eine entscheidende Wandlung eingetreten ist oder nicht, eine immer größere Anzahl von Staaten im Westen glaubt offenbar daran, und beginnt sich umzustellen. Es könnte bei dieser koexistenzfreudigen Stimmung leicht der Tag kommen, an dem alle Welt das Gefühl hat, das geteilte Deutschland sei der einzige Grund, der Ost und West daran hindere, in Harmonie und Frieden miteinander zu leben. Das aber würde erstens nicht gerade zur Popularität Deutschlands beitragen und zweitens zur Folge haben, daß, ungeachtet der Teilung Deutschlands, Ost und West sich einigen, daß also gewissermaßen über einem für alle Zeiten geteilten Deutschland eine Brücke gebaut wird, Ost und West verbindend.

Diese Sorge ist der Grund, warum viele Deutsche heute das Gefühl haben, wir müßten selber, natürlich nur im Einverständnis mit dem Westen (denn was wäre Deutschland ohne den Rückhalt des Westens), auf dem Verhandlungswege mit Moskau ergründen, unter welchen Bedingungen die Sowjetunion bereit ist, eine Wiedervereinigung ins Auge zu fassen.

Marion Gräfin Dönhoff

Bericht aus Washington

Als Stalin noch lebte, die Kommunisten drohten, in Griechenland durch einen Umsturz an die Macht zu gelangen und durch den Angriff in Korea den gleichen Versuch in Asien unternahmen, der Kreml dauernd ein zorniges Gesicht zeigte, waren die Beziehungen zu Sowjetrußland verhältnismäßig einfach. Man war gezwungen, einen kalten Krieg zu führen, und die westlichen Nationen taten sich zusammen, um ihn miteinander zu führen. In Korea entbrannte ein heißer Krieg, und der Westen nahm die Herausforderung an, unter dem Banner der Vereinigten Nationen.

Stalins Tod, der scharfe Wechsel, der wenigstens nach außen in der Sowjetpolitik sichtbar geworden ist, und die lächelnden Gesichter, welche die neuen Männer im Kreml zeigen, haben eine Lage geschaffen, die in ihrer verwirrenden Vielfalt neue Gefahren birgt.

Gleich wie in den Jahren von 1945 bis 1955 werden auch in den kommenden zehn Jahren die Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR im Gesamtproblem an erster Stelle stehen. Bereits macht sich in Washington die Last der Verantwortung und die neue Art der Bedrohung spürbar, die durch den Wechsel in der sowjetischen Taktik verursacht worden sind. Gutinformierte Beobachter in Washington wissen, daß die in den letzten zehn Jahren betriebene Politik für die Zukunft völlig ungenügend wäre. Für die neue Form der Bedrohung muß eine neue Form der Abwehr gefunden werden.

Die Ausarbeitung einer neuen Politik wird mindestens durch zwei wichtige Probleme erschwert: erstens durch den radikalen Wechsel im Gleichgewicht der militärischen Kräfte zwischen Ost und West und zweitens durch die Unsicherheit, die dadurch entsteht, daß die gefühlsmäßigen Reaktionen der breiten Volksmassen auf eine veränderte Stimmung im In- und Ausland nur schwer erfaßbar sind.

Das militärische Gleichgewicht der Kräfte

Obwohl die Sowjetunion seit dem Ende des zweiten Weltkrieges eine militärische Großmacht ist, ist sie im Hinblick auf einen west-östlichen Weltkrieg bis jetzt von den USA in den Schatten gestellt worden. Genauer ausgedrückt: die Schlagkraft der USA auf dem Gebiet der Atomwaffen war größer. Heute jedoch geht dieser amerikanische Vorsprung Stück um Stück verloren. Die strategische Luftwaffe der USA hat heute noch — und vielleicht noch während zwei weiteren Jahren — eine Zerstörungskraft von unvorstellbarem Ausmaß und bleibt deshalb ein mächtiges Abschreckungsmittel. Aber die Sowjets machen ständig Fortschritte. Nach Ansicht gewisser Fachleute holen sie so rasch auf, daß sie bis 1960 den amerikanischen Vorsprung in der Luft ausgeglichen haben werden. Da die Luftüberlegenheit das ausschlaggebende Element in einem totalen Krieg ist, sind in Washington gerade jetzt die heftigsten Diskussionen über diese Entwicklung im Gange. Eine Sonderkommission des Kongresses widmet sich dem Studium der amerikanischen Luftmacht, und der Druck auf die Regierung, noch größere Summen für das Verteidigungsprogramm zur Verfügung zu stellen, nimmt fortwährend zu. Die fast unvorstellbare Höhe der Kosten wird durch folgendes Beispiel illustriert: Seit dem Ausbruch des Koreakrieges haben die USA mehr als 212 Milliarden Dollar für die Verteidigung ausgegeben, und trotzdem holen die Sowjets auf.

Eisenhower und seine militärischen Berater sind mit dem Umfang des gegenwärtigen Verteidigungsprogramms zufrieden und sind der Ansicht, es sei den heutigen Umständen angemessen. In der Annahme einer langen Periode ununterbrochener internationaler Spannung scheint es ihnen wohl abgewogen. Es sorgt für ein vernünftiges Maß an Stärke und Bereitschaft, wenn nötig für weitere zehn oder fünfzehn Jahre. Daß nächstes Jahr gewisse Änderungen in diesem Programm vorgenommen werden, ist sicher, ebenso in den darauffolgenden Jahren. Die Regierung selber wird wahrscheinlich mehr Nachdruck auf den Ausbau der Luftmacht und der gelenkten Geschosse legen, auf Kosten der bereits reduzierten Landarmee. Vielleicht wird sie sogar noch mehr Geld bewilligen.

Eine mächtige Gruppe der Demokratischen Partei ist jedoch der Ansicht, diese Maßnahmen seien nicht genügend. Sie möchten die Verteidigungsausgaben beträchtlich erhöhen, damit die amerikanische Überlegenheit über die Sowjets deutlich erkennbar wird. Sie wollen tatsächlich den Ausbau der Luftwaffe und

der gelenkten Geschosse bis zu einem Grade vorantreiben, der in Kriegszeiten nötig ist. Sie sehen eine Katastrophe voraus, wenn man es zulassen sollte, daß die Russen in der Atomkriegführung gleich stark oder mächtiger würden als die USA.

Das Vertrauen in Eisenhowers Urteil

Bis jetzt hatte die Opposition wenig Erfolg mit ihrem Versuch, eine grundlegende Änderung in der Verteidigungspolitik der Regierung zu erzwingen. Eisenhower, ein siegreicher General und beliebter Präsident, besitzt das volle Vertrauen des durchschnittlichen Stimmbürgers. Man sagt sich, wenn der Präsident die Verteidigungsmaßnahmen als genügend erachtet, dann sind sie es ohne Frage. Die Auseinandersetzung nimmt jedoch schärfere Formen an, und der Streitpunkt wird im diesjährigen Wahlfeldzug einen wichtigen Faktor bilden. Es ist wahrscheinlich, daß etwas unternommen wird, um die Stärke der USA sicherzustellen, auch wenn Eisenhower nochmals Präsident wird.

Die zweite große Schwierigkeit bezieht sich auf die gefühls- oder stimmungsmäßige Einstellung zu den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Der Amerikaner hat dem Kommunismus und Rußland gegenüber immer fanatischer und mehr gefühlsbetont reagiert als der übrige Westen. Anders ausgedrückt: um eine Annäherung zwischen Washington und Moskau herbeizuführen, muß sowohl im Volk als auch in der Diplomatie ein weiterer Weg zurückgelegt werden als in jedem andern Falle.

Hier bietet sich Eisenhower vielleicht die größte Chance, etwas Hervorragendes zu vollbringen. Wenn er nochmals kandidiert (was nach seiner Operation wieder unsicher ist), könnte dies einen wichtigen Grund für seine Wiederwahl bilden. Denn mehr als irgendeiner in den USA ist er in der Lage, mit den Sowjets zu verhandeln, wenn er es wünscht. Außerdem wird er vor allen anderen die Unterstützung des Volkes erhalten, wenn er es fertigbringt, irgendwelche Vereinbarungen mit den Kommunisten zu treffen.

Das ist eine Tatsache, weil der Präsident grenzenlos beliebt ist, und weil man ihm unmöglich Nachgiebigkeit gegenüber dem Kommunismus vorwerfen kann. Kein anderer amerikanischer Politiker ist in der gleichen Lage. Sollte es wünschenswert scheinen, sich mit den Russen an den Verhandlungstisch zu setzen, um neue Vereinbarungen zu treffen, dann ist Eisenhower der Mann dazu. Er kann ruhig verhandeln, ohne befürchten zu müssen, von irgendeiner Seite deswegen angegriffen zu werden, wenigstens nicht mit Aussicht auf Erfolg. Der rechte Flügel seiner eigenen Partei, der beim Gedanken schaudert, sich mit den Russen einlassen zu müssen, kann es sich nicht leisten, gegen den Präsidenten zu opponieren, und die Demokraten werden es wahrscheinlich auch nicht tun (es war der führende demokratische Senator auf dem Gebiet der Außenpolitik, welcher den Präsidenten dazu drängte, an der letztjährigen Genfer Konferenz teilzunehmen).

Wie wird sich die Zukunft gestalten?

Wenn es möglich ist, die amerikanisch-sowjetischen Gegensätze soweit auszugleichen, daß ein Zusammenleben in einer zunehmend friedlichen Atmosphäre erreicht wird, dann ist Eisenhower der Mann, der das erreichen kann. Das «Wenn» muß jedoch groß geschrieben werden. Wollen die Sowjets wirklich ehrlich den Frieden? In Washington bleibt man mißtrauisch. Im Mittleren Osten, in Nordafrika und in Asien scheint der Kommunismus wirklich nicht danach zu trachten, den Frieden zu bewahren. Ebensowenig denkt man an Frieden, wenn man die Berichte von den Fortschritten liest, welche die Sowjets auf dem Gebiet der Kernwaffen, der Luftwaffe und der gelenkten Geschosse gemacht haben.

Und doch ist die lächelnde Diplomatie des Kremls anderswo nicht ohne Wirkung geblieben: sowohl bei den Alliierten wie bei den sogenannten Neutralen. Washington hat eingesehen, daß Änderungen in seiner eigenen Politik dringend sind, und sie werden auch kommen, wenn auch etwas verspätet, infolge der Krankheit des Präsidenten. Wie die USA ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Verbündeten, ihr Interesse für die Neutralen und ihre eigenen Befürchtungen in Einklang bringen wollen, bleibt unklar. Das ist jedoch das Ziel, das eine neue Politik erreichen muß.

Der Ausblick ist düster. Dieser Eindruck wird noch erhöht durch die unsichere politische Lage in der amerikanischen Innenpolitik. Wenn man die Ansichten aller politischen Beobachter in Washington erfahren könnte, würde sich wahrscheinlich zeigen, daß man in den nächsten zehn Jahren weitere Unruhen, diplomatische und wirtschaftliche Kämpfe, aber keine großen kriegerischen Auseinandersetzungen erwartet. Die steigende Flut des Nationalismus wird die alten Westmächte immer mehr bedrohen, und es wird viel davon abhängen, wie dieser Gefahr begegnet wird. Washington glaubt nicht an unfehlbare, rasche Methoden des Handelns. Man hält hier mehr vom «langsamen Seilziehen», sowohl in der Diplomatie als auch in der Frage der bewaffneten Kräfte.

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts sah die Entwicklung des Konfliktes zwischen den Sowjets und dem Westen; vielleicht wird die Lösung die ganze zweite Hälfte beanspruchen. Washington wird versuchen, jene Freunde zur Vorsicht zu mahnen, die allzu bereitwillig nachgeben und weich werden, wenn die Sowjets lächeln. Die USA werden sogar bereit sein, sich mit Moskau anzufreunden, wenn ihre Sicherheit garantiert ist. Vorläufig werden sie aber auf der Hut sein und ihre Bereitschaft weiterführen.

Richard J. Davis

Sozialreform

Tagung der evangelischen Akademie Tutzing

Während der Kriegsjahre und vor allem auch in der trostlosen ersten Nachkriegszeit war es den deutschen Kirchen nicht schwer gefallen, den Zugang zu den unter der Wucht der Ereignisse stehenden und nach Trost verlangenden Menschen zu finden. Dies änderte sich mit dem beginnenden materiellen Wiederaufstieg. Zu den Anstrengungen der evangelischen Landeskirchen, der diesen Wiederaufbau begleitenden geistigen Verflachung und Uninteressiertheit wirksam zu begegnen, gehört u. a. auch die Gründung verschiedener Akademien, in denen in kurzen Tagungen oder auch längeren Kursen fortlaufend eine vertiefte Auseinandersetzung mit aktuellen Problemen gepflegt wird. Die Themen entstammen den verschiedensten, spezielle Bevölkerungs- oder Berufsgruppen besonders bewegenden Problemkreisen, um eine möglichst weitreichende Kontaktnahme zu bewirken. Auch vor einigermaßen «gewagten» Experimenten wird nicht zurückgeschreckt; so wurde etwa einmal für eine Tagung über das Thema «Rhythmus» eine bekannte «Jazzband» zu einem Konzert eingeladen! Wenn auch die religiöse Grundlage dieser Akademien keineswegs verdeckt wird — während der Tagungen finden Andachten und biblische Besinnungen statt, zu deren Besuch man aber nicht gedrängt wird —, so liegt doch das Hauptanliegen, wenigstens äußerlich,

nicht in einer Bekehrung, sondern in der Schaffung eines Hortes des offenen Gespräches. Die Kirche treibe hier keine Dogmatik, so verspricht der Prospekt der Tutzinger Akademie, und setze keine fertigen Lösungen vor. In nüchterner Arbeit suche sie vielmehr gemeinsam mit den Fachleuten, aber auch mit allen andern ernsthaft Interessierten, nach gesundem Rat. Niemand brauche dabei zu fürchten, sich zudringlichen Überredungsversuchen oder jener verkappten Nötigung ausgesetzt zu sehen, die «wir alle scheuen, weil man gegen solche Überfälle wehrlos ist». Von der Realität dieser sympathischen und auch psychologisch sehr geschickten Haltung konnte sich der Schreiber selber überzeugen. Die Zurückhaltung ging soweit, daß nach dem Vortrag eines der Leiter der Akademie ihm aus dem Kreis der Teilnehmer der — dem Sinne nach allerdings unberechtigte — Vorwurf gemacht wurde, in seinem Vokabular fehle das Wort «Gott».

Von all den evangelischen Akademien ist diejenige von Tutzing sicher die landschaftlich am schönsten gelegene. Vom fein ausgewogenen Renaissanceschloß, das, von einem herrlichen Park umgeben, direkt am Starnbergersee liegt, bietet sich eine prächtige Aussicht auf den See und die nahen Gipfel der bayrischen Alpen. Eine solche Umgebung fördert die Pflege einer heilsamen Muße und des fruchtbaren privaten Gedankenaustausches.

Das für die hier besprochene Tagung gewählte Thema *Sozialreform*, das sich speziell an Unternehmer und Politiker wandte, ist gerade jetzt für die Bundesrepublik von besonderer Aktualität, wurden doch vor wenigen Wochen sowohl von der CDU als auch der SPD in Bonn Neuregelungsvorschläge einer Sozialgesetzgebung eingereicht. Da der als erster Referent für das Thema «Sozialversicherung in England, Schweden und den USA» verpflichtete Prof. Liefmann-Keil von der Universität Freiburg verhindert war, sprang in letzter Stunde Frau *Laura Bodmer* vom *Internationalen Arbeitsamt in Genf* in die Lücke. Obwohl sich die Referentin, als Vertreterin einer neutralen Organisation, jeder wertenden Kritik enthielt, gaben ihre Ausführungen über «ausländisches Sozialwesen» doch einen interessanten Überblick über die verschiedenen Möglichkeiten sozialer Maßnahmen, die in den vielen, dem IAA angeschlossenen Ländern ausgebildet worden sind. Im Verlaufe der nachfolgenden Diskussion erwies sich Frau Bodmer als eine profunde Kennerin des vieldiskutierten englischen Gesundheitsdienstes. Ihr Urteil war im ganzen positiv. Dieser Dienst, der im Entwurf übrigens nicht von der Labour-, sondern von der überparteilichen Kriegsregierung unter Churchill stammt, wurde seit der Einführung mehrfach verfeinert und z. B. nicht mehr völlig kostenlos gestaltet, so daß er heute, bezogen auf das ganze Volkseinkommen, gegenüber früher prozentual weniger Kosten verursacht.

Über die *Neuordnungspläne der sozialen Hilfe in der Bundesrepublik* sprach Prof. *Neundörfer* vom soziographischen Institut der Universität Frankfurt. Nach einer Skizzierung der historischen Entwicklung des Problems der sozialen Hilfe, das in seiner allgemeinen Form weitgehend eine Folge der arbeitsteiligen Wirtschaft sei, und nach der Durchleuchtung der Frage des Warum einer Neuordnung im heutigen Zeitpunkt — dabei bezeichnete er u. a. die Ablösung des Fortschrittstrebens durch das Sicherheitsstreben als eine der Grundtendenzen des 20. Jahrhunderts —, entwickelte der Referent ein allgemeines Sozialprogramm unserer Zeit. Als dessen Grundpfeiler zeigte er drei Rechte auf, das Recht auf Sicherheit, das Recht der zwei nicht im Lohngefüge stehenden Volksgruppen, der Kinder und der alten Leute, auf einen angemessenen Anteil am Sozialprodukt und schließlich das Recht auf Hilfe bei Invalidität oder Krankheit.

Das Recht auf Sicherheit umfaßt nach Neundörfer einmal die «Sicherheit des Hauses». Der Anteil derer, die ein Haus besitzen, muß größer werden. Ein solcher Besitz schafft das Gefühl der Sicherheit. Zum Recht auf Sicherheit gehört ferner das Recht auf den Arbeitsplatz. Der Weg der Einordnung des Arbeitnehmers in die heutige Wirtschaftsform ist noch nicht zu Ende. Es stellt sich heute

u. a. das Problem eines Anteils des Arbeiters an den Produktionsmitteln. Weiter gehört zum Recht auf Sicherheit auch das Recht auf die Erhaltung der Kaufkraft und schließlich dasjenige auf Fürsorge in bestimmten Notsituationen. Die Fürsorge muß heute mehr und mehr ihres materiellen Charakters entledigt werden, um ihrem eigentlichen Zweck, der Schaffung eines Bereiches der menschlichen Begegnung und Kontaktnahme, wieder voll gerecht werden zu können.

Bezüglich des zweiten Rechtes, desjenigen der Kinder und der alten Leute auf einen angemessenen Anteil am Sozialprodukt, bemerkte der Redner, daß zwar am Prinzip des Leistungslohnes festgehalten werden müsse, daß aber durch Familienzulagen oder steuerliche Begünstigung der Familienväter ein Ausgleich zu schaffen sei. Bei der Festsetzung des Anteils muß man sich immer bewußt sein, daß er nur durch die Wegnahme eines Teils der Kaufkraft der Arbeitenden aufgebracht werden kann. Da heute schon $\frac{4}{5}$ der Bevölkerung von der Sozialgesetzgebung erfaßt werden, und dieser Anteil auch in Zukunft nicht sinken wird, ist eine «Fremdbezahlung», d. h. eine Bezahlung der Sozialkosten durch den restlichen Teil der Bevölkerung, nicht denkbar. Die Frage der Behebung der Not der alten Leute ist aber nicht nur eine rein materielle. Sie sind bedrückt durch die plötzliche Untätigkeit, die sie meist unvorbereitet trifft. Der entstehende freie Raum muß ausgefüllt werden.

Das Problem der Hilfe bei Invalidität oder Krankheit muß heute darin gesehen werden, einen angeschlagenen Menschen nicht einfach über Wasser zu halten, sondern ihn wieder in den Arbeitsprozeß zurückzuführen, ihn wieder zu einem vollgültigen Menschen zu machen.

Alle diese Fragen müssen wohl von den Menschen der heutigen Zeit, nicht aber unbedingt vom Staat gelöst werden. Vor dem Wohlfahrtsstaat ist zu warnen. Dem Menschen wird unter der heutigen Wirtschaftsform schon weitgehend die Verantwortung in seinem Arbeitsbereich, aber auch im Bereich des Haushaltes genommen — man denke nur etwa an die Festsetzung des Lohnes oder der Marktpreise. Nimmt man ihm auch noch die Verantwortung im dritten Bereich, dem der Sozialvorsorge, dann werden wir zu einem Staat der Unfreien. Von einer institutionellen Ordnung gewisser sozialer Probleme kann heute nicht abgegangen werden. Aber eine solche Ordnung muß doch immer die Blickrichtung auf die Selbstverantwortung des einzelnen wahren.

Das wachsende Gewicht des Verlangens nach Lebenssicherheit muß uns mit Besorgnis erfüllen, so meinte dipl. Volkswirt *Klipstein*, einer der ständigen Mitarbeiter der Akademie, zu Beginn seines Vortrages über die *Veränderung der Lebenssicherheit*. Dieses Verlangen erscheint als Ausdruck einer Resignation. Das dem Menschen immanent innewohnende Streben nach Universalität, im Sinne einer auf den ganzen Menschen abzielenden Selbstverwirklichung, muß heute verkümmern. So sagt er sich schließlich, daß, wenn das Leben ihm sonst nichts biete, es ihm wenigstens die Sicherheit eines materiellen Wohlstandes geben solle. Aber nicht nur dieses Gefühl der Resignation, sondern auch viele, aus der heutigen Zeitsituation entspringende wirkliche Quellen der Unsicherheit fördern diesen Drang nach Sicherheit. Der heutige Mensch ist zum Spezialisten geworden, dem die Umwelt in ihren Zusammenhängen weitgehend unverständlich bleibt. Spezialistentum aber bedeutet Vereinzelung, und diese schafft Unsicherheit. Unsicherheit resultiert aus der weitgehenden Verdrängung wahrer Lebensgemeinschaften durch Organisationen, die nicht mehr imstande sind, den Menschen sozial zu beheimaten, ihn in seiner Ganzheit anzusprechen. Unsicherheit schafft die rasche Entwicklung von Wissenschaft und Technik, die ein großes Anpassungsvermögen, ein schnelles Umdenkenkönnen verlangen. Und Unsicherheit schafft schließlich die heutige politische Organisation, die dem Menschen eine Freiheit gibt, mit der er nichts anzufangen weiß. Ohne eine innere Bindung vermag ja eine äußere Freiheit nur ein Gefühl der Leere zu erzeugen.

Durch diesen Drang nach Sicherheit hat heute der Begriff der Freiheit eine gewaltige Werteinbuße erfahren. Erst Sicherheit, dann Freiheit, lautet die Devise. Die beiden Begriffe werden gegeneinander ausgespielt. Dies ist aber falsch, denn sie schließen sich, wenn sie richtig verstanden werden, gar nicht aus. Freiheit muß ja immer zusammengedacht werden mit Bindung, mit Einordnung, mit Achtung der Gemeinschaft. Freiheit ist die aus dem Individuum heraus geborene Ordnung. So gesehen muß aber ein Verlust an Freiheit immer als Substanzverlust des Menschen gewertet werden. Eine soziale Sicherheit ohne Freiheit kann nur in Sklaverei enden. Die Devise muß vielmehr lauten: In Freiheit zur Sicherheit. Ohne gewisse Kollektivmaßnahmen zur Schaffung einer materiellen Sicherheit geht es gewiß heute nicht. Aber hinter dem Schrei nach Sicherheit steckt mehr, er tönt aus einer geistigen und seelischen Not des heutigen Menschen. Ohne zu versuchen, das Rad der Entwicklung zurückzudrehen, gilt es, aus dieser heutigen Situation heraus dem Menschen wieder die Möglichkeit zu schaffen, Mensch im vollgültigen Sinne des Wortes zu werden.

Die allen Vorträgen folgenden Aussprachen waren äußerst angeregt und zeugten von dem Willen aller Teilnehmer, den der Tagung zugrundeliegenden Problembereich wirklich aus der Tiefe zu erfassen.

Zusammenfassend darf wohl gesagt werden, daß die Arbeit der evangelischen Akademien, von dieser Tagung aus bewertet, als sehr fruchtbar bezeichnet werden kann.

Walter Rapold

Jede Arbeit erhält ihren Sinn und verschafft dem Arbeitenden innere Genugtuung nur dann, wenn sie über ihn selbst hinausweist und ein höheres Ziel im Auge behält.

Max Huber